

Pressemitteilung BFW Nord

Hamburger Wohnungswirtschaft fordert Gaspreisbremse

Hamburg, 18.09.2022 – Die im Hamburger Bündnis für das Wohnen organisierten Wohnungsverbände und der städtische Wohnungskonzern SAGA haben die Politik aufgefordert, unverzüglich eine Gaspreisbremse umzusetzen.

„Angesichts der steigenden Gaspreise drohen dramatische soziale Verwerfungen sowie der deutschen Volks- und Wohnungswirtschaft große Schäden“, heißt es in einer am Sonntag veröffentlichten gemeinsamen Erklärung. „Nur durch einen Gaspreisdeckel könnten hunderttausende Mieterinnen und Mieter vor dem wirtschaftlichen Ruin gerettet werden. Wir wollen nicht, dass die Menschen sich zwischen einer warmen Wohnung und einem Lebensmitteleinkauf für die Familie entscheiden müssen.“

Dem Bündnis für das Wohnen gehören von Seiten der Wohnungswirtschaft der städtische Wohnungskonzern SAGA, der Hamburger Grundeigentümer-Verband, der Landesverband Nord des Bundesverbands Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW), der Immobilienverband Deutschland IVD Nord und der Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) an. Das Bündnis existiert seit dem Jahr 2011 und sorgt für eine enge Abstimmung zwischen Stadt und Wohnungswirtschaft bei Wohnungsbauvorhaben.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck sei mit seiner Strategie gescheitert, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. „Die Marktpreise kann man nur dann mit Aufschlägen an die Wirtschaft und die Haushalte durchreichen, wenn eine zielgenaue und hinreichende Förderung gewährleistet ist. Diese wird aber politisch und administrativ nicht durchsetzbar sein.“

Allein zwischen Januar und Juli 2022 hätten die deutschen Haushalte im Schnitt 850 Euro mehr für Energie ausgeben müssen als im gesamten Jahr 2021, heißt es in der gemeinsamen Erklärung weiter. „Das Problem: Die neue Heizperiode hat noch gar nicht begonnen und die eigentlichen Preiserhöhungen stehen noch ins Haus. Wird kein Gaspreisdeckel eingeführt, müssen die Haushalte 2022 im Schnitt zwischen 1.360 Euro und 3.800 Euro mehr für Energie ausgeben als 2021.“

„Die Zeit drängt und das Klein-Klein muss überwunden werden“, heißt es in der Erklärung der Hamburger Wohnungswirtschaft. „Notwendig ist ein Befreiungsschlag. Der Senat muss Druck auf die Bundesregierung ausüben, damit diese umgehend die Gaspreisbremse umsetzt. Finanzielle Entlastungen werden durch immer kompliziertere Einzelregelungen nicht bei den Menschen ankommen. Ämter und Behörden sind bereits überfordert.“

Ein Gaspreisdeckel solle so gestaltet werden, dass er die Menschen finanziell entlastet und zugleich zu einem sparsamen Umgang mit Energie anreizt. „Denkbar wäre es, auf der Grundlage der Daten der vergangenen zehn Jahre einen Durchschnittsverbrauch zu ermitteln. 80 Prozent dieses

Pelzerstraße 5
20095 Hamburg
Tel.: 040 4689 777 0
Fax: 040 4689 777 70

www.bfw-nord.de

Pressekontakt:
Dr. Verena Herfort
Geschäftsführerin

verena.herfort@bfw-nord.de



Landesverband Nord

Durchschnittsverbrauchs sollten die Haushalte zu einem günstigen, staatlich festgelegten Preis einkaufen können. Die Differenz zum Marktpreis bezahlt der Staat. Was über die 80 Prozent hinaus bezogen wird, muss von den Haushalten dann zum Marktpreis bezahlt werden.“

Über den BFW Landesverband Nord e.V.

Der BFW Landesverband Nord e.V. spricht für rund 230 Mitglieder, die ca. 180.000 Wohnungen in Norddeutschland im eigenen Bestand verwalten und weitere 3,4 Millionen Quadratmeter an Büro- und Gewerbeflächen im Bestand halten. Die BFW-Mitgliedsunternehmen erstellen über 60 Prozent des Neubauvolumens in Hamburg. Als Spitzenverband der unternehmerischen Wohnungs- und Immobilienwirtschaft gehören dem Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen derzeit rund 1.600 Mitglieder und verbundene Unternehmen an.

BFW Landesverband Nord e.V.

Pelzerstraße 5 / D-20095 Hamburg
Tel.: 040 4689777-0 / 0172/644 1938
www.bfw-nord.de

Pelzerstraße 5
20095 Hamburg
Tel.: 040 4689 777 0
Fax: 040 4689 777 70

www.bfw-nord.de

Pressekontakt:
Dr. Verena Herfort
Geschäftsführerin

verena.herfort@bfw-nord.de